BSZ

Nr. 60 8. Mai 10 Pf

Abt. Mathematik: Die Nachfolger des Pythagoras Seite 4

Abt. Soziologie: Papalekas und seine Periöken Seite 3

Massaker der Nationalgardisten (Studentenschaft - international)

Faillards Erpressungsversuch

Ruhr-Universität Bochum,
Rektorat
Bochum, den 30. 4. 1970
An die Herren Dekane der Abteilungen I—XVIII und OAW usw. usf.

Nachrichtlich
An die Damen und Herren Hochschullehrer
An die Damen und Herren Wiss. Assistenten

Das Rektorat macht im Zusammenhang mit dem angekündigten Streik der Assistenten auf folgendes aufmerksam:

Die Wissenschaftlichen Assistenten unterliegen als Beamte und Angestellte den beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen.

Daraus ergibt sich folgendes:

Die Verweigerung der Erfüllung von Dienstaufgaben, die Nichterfüllung der entgegengenommenen Aufträge zur Abhaltung von Lehrveranstaltungen sowie das Fernbleiben vom Dienst ohne Genehmigung sind nach den gesetzlichen Bestimmungen Dienstpflichtverletzungen.

Der Rektor ist als Dienstvorgesetzter in Vertretung des Dienstherrn — Ministerpräsident NRW — Geschäftsbereich Hochschulwesen — verpflichtet, in einem solchen Falle Maßnahmen zu ergreifen. **Die Dekane und geschäftsführenden Direktoren der Institute und Universitätseinrichtungen sind verpflichtet, entsprechende Meldungen aus ihrem Zuständigkeitsbereich an den Rektor zu geben.**

Bei Fernbleiben eines Beamten bzw. Angestellten vom Dienst ohne Genehmigung müssen gemäß § 79 des Beamtengesetzes NRW bei Dienstpflichtverletzungen für Beamte disziplinarrechtliche Schritte eingeleitet bzw. für Angestellte tarifrechtliche Konsequenzen gezogen werden. Hans Faillard

Die Assistenten der Abteilung Biologie haben mit 11:2:14 (!) Stimmen den Streik abgelehnt. Dieses Kuschen wurde wörtlich mit „Angst vor Repressalien" begründet!

In der Abteilung Wirtschaftswissenschaften sabotieren die Professoren den Streik, indem sie die Veranstaltungen der Assistenten selbst übernehmen!

Alle die Informationen über konkrete Repressalien besitzen, sollten sich an die BSZ wenden! **Boykottiert die Streikbrecher!**

Solidaritätsbeschluß Uni-VV vom 5. Mai 1970

Die Vollversammlung der Studenten, am Tag des Anfangs des Assistentenstreiks, unterstützt den Streik der Assistenten als Ausdruck des Kampfes gegen das reaktionäre Personalstrukturmodell der Kultus- und Ministerialbürokratie. Dieses Modell ist ein weiterer Schritt zur Indienstnahme der Universität im Interesse des Kapitals, da es nur eine quantitative Maßnahme zur Erhöhung der Effektivität der Universität darstellt und die Wissenschaftlichkeit und das wissenschaftliche Weiterkommen der Assistenten negiert. Außerdem zielt dieses Modell auf eine strukturelle Arbeitslosigkeit des überwiegenden Teils der Assistenten ab. Die Vollversammlung fordert daher **alle** Studenten in **allen** Abteilungen auf, den Streik der Assistenten zu unterstützen und Streikbrecher zu boykottieren.

An Assistenten-Vollversammlungen in den Abteilungen und an möglichen Arbeitsgruppen sollen sich die Studenten beteiligen, um die Voraussetzungen für einen gemeinsamen weiteren Kampf gegen die technokratische Hochschulreform zu diskutieren!

KAMPF DER ASSISTENTENSCHAFT VOM 5. BIS 19. MAI

Streikrecht für die Beamten!

In einer Urabstimmung sprachen sich in der vergangenen Woche die Angehörigen des akademischen Mittelbaus für einen 14tägigen Streik aus. Der Streik, der bereits Dienstag begonnen hat, richtet sich gegen die Beschlüsse der reaktionären Kultusministerkonferenz zur „Personalstrukturreform" an den Universitäten und Hochschulen und gegen den daraus hervorgegangenen Erlaß des Kühnschen Bürokratenklüngels in Düsseldorf. Bei einer Beteiligung von 78,3 % des akademischen Mittelbaus sprachen sich 82,3 % dafür und 13,6 % dagegen aus (Enthaltungen: 3,9 %, ungültig: 0,2 %). Hauptstreikziel ist die Verwirklichung der Forderungen nach 600 Graduiertenstellen für die Ruhr-Universität noch in diesem Jahr und nach 600 Assistenzprofessorenstellen bis 1972. Dieser Urabstimmung vorausgegangen war eine Vollversammlung, in der sich weit über 2/3 der Anwesenden über die opportunistische Verhandlungsbereitschaft des Vorstandes der Assistentenschaft hinwegsetzten und damit den Streik erzwangen.

Die Ursachen dieses Streiks liegen in den Widersprüchen der kapitalistischen Universität begründet. Seit Jahren leidet der gesamte akademische Mittelbau unter den zunehmenden Leistungsanforderungen. So übernimmt der Mittelbau inzwischen einen Großteil der früher nahezu ausschließlich den Ordinarien vorbehaltenen Lehrtätigkeiten.

Hier liegt ein Faktor der Unzufriedenheit, der die vorausgegangene Auseinandersetzung zwischen Assistenten und Staatsbürokratie hervorgerufen hat. Um dieser gärenden Lage Herr zu werden, bot der kapitalistische Bürokratenklüngel in Düsseldorf den Assistenten die Schaffung von Assistenzprofessuren an. Das war Ende letzten Jahres — heute sieht man konkret, welchen Sinn diese Maßnahme hatte:

1. Man wollte durch die Vergabe der Titel eine weitere Differenzierung der Funktionen im akademischen Mittelbau erreichen, um so diese Interessengruppe noch weiter zu spalten und gegeneinander ausspielen zu können (Individualkonkurrenz).

2. Man wollte so die Stellung der reaktionären Ordinarienclique stärken, indem man ihnen diese kleine Gruppe der Hilfs-„Professoren" zugesellte, die nun wegen der zu erwartenden Privilegierung nicht mehr daran denken sollte, sich in irgendeiner Weise an den Vorstellungen der revolutionären Studentenbewegung zu orientieren.

3. Man erreichte auf diese Weise eine billige Erweiterung des vorhandenen Lehrkräftepotentials, ohne neue (d. h. viel teurere) Lehrstühle schaffen zu müssen.

Die Bourgeoisie und ihre Kultusbürokratie wie auch ihre Verbündeten an der Hochschule, die Ordinarienclique, hatten also, wie man leicht sieht, ein starkes Interesse an dieser Lösung. Dennoch aber dürfte die Haltung der Kapitalisten und ihrer Handlanger in den Kultusministerien in dieser Frage zwiespältig sein. Einerseits nützt das begrenzte Assistenzprofessorenpotential (weil billig), andererseits steigert es aber die Unzufriedenheit der übrigen Teile der Assistentenschaft. **Genau dieser Widerspruch zwischen diesen Teilen der Assistentenschaft und den kapitalistischen Interessen macht die progressive Seite des gegenwärtigen Streiks aus.**

Dieser Widerspruch hat jedoch außerdem noch eine wesentliche Seite, die ihm eine über seine lokale und materielle Bedeutung hinaus eine entscheidende Perspektive verleiht: Er greift direkt in die feudale Struktur der Universität und des gesamten Beamtenrechts ein, das deutschen Beamten das Recht zum Streik verbietet! Dieser Streik ist deshalb ein Präzedenzfall, der einen direkten Schlag gegen den kapitalistischen Staatsapparat bedeutet, und der deswegen die volle Unterstützung aller revolutionären sozialistischen Studenten braucht!

Dieser Widerspruch wird von einem großen Teil der Assistenten voll entfaltet werden, längst aber nicht vom gesamten akademischen Mittelbau. Wir müssen deshalb sehen, daß wir folgende Gruppen zu unterscheiden haben:

1. Die Gruppe der schon Previlegierten:

Dazu gehören Räte, Oberräte etc., aber auch ein Teil der schon avancierten „Assistenzprofessoren". Ihre

Fortsetzung Seite 2

Das kleine Biest mag noch so schrei'n, es wird doch bald genauso sein!

● USA: Mord an 4 Studenten

Seuchengott Nixon

● Terror in Kambodscha

Der 1. Mai, der Kampftag der internationalen Arbeiterklasse, war von einem erneuten Aggressionsakt der US-Imperialisten überschattet. In der Nacht zum Freitag gab Nixon den Befehl zu dem Überfall auf das kambodschanische Volk. Die Kette der internationalen Proteste reißt seitdem nicht ab. Bereits am Freitag kam es in vielen Ghettos und Universitätsstädten zu heftigen Demonstrationen. Um den berechtigten Protest der amerikanischen Massen zu unterdrücken, griffen Nixons „Sicherheitsorgane" zu brutalem Terror. So kam es, daß an der Kent State University (Ohio) vier amerikanische Kommilitonen von der Nationalgarde rücksichtslos ermordet wurden. **Dazu fiel Nixon nur der zynische Kommentar ein: „Wir leben in einem Zeitalter der Anarchie, sowohl zu Hause, wie auch in anderen Teilen der Welt."** Er setzte deshalb fast ebenso viele Truppen nach New England in Marsch wie er nach Kambodscha schickte — rund 6000 Mann (s. auch Studentenschaft international).

Auch das Verhältnis der Nixon-Regierung zu anderen imperialistischen Staaten wurde getrübt. Die schon durch viele Niederlagen erfahreneren britischen und französischen Imperialisten diestanzierten sich bereits von dem neuen blutigen Abenteuer der US-Aggressoren. Die westdeutschen Imperialisten allerdings stehen, wie üblich, Gewehr bei Fuß. Die hektische Reaktion der US-Imperialisten auf den Widerstand der kambodschanischen Volkskräfte gegen das faschistische Lon-Nol-Regime, das erst unlängst durch einen CIA-Putsch an die Macht gelangt ist, läßt die zunehmende Schwäche der Imperialisten gegenüber den Volksbefreiungsbewegungen erneut deutlich werden. Worin die Stärke dieser revolutionären Bewegungen liegt, läßt sich am Beispiel Kambodschas besonders gut verdeutlichen:

Die Erfahrungen der Länder der „Dritten Welt" zeigt, daß die vollständige nationale Befreiung unter der Führung der nationalen Bourgeoisie nicht zu erreichen ist. So mußte denn auch die Politik der Neutralität unter der Führung des Prinzen Sinanouk zwangsläufig scheitern. Obwohl feudaladeliger Abkunft vertrat er mit dieser Politik im Grunde die Interessen der nationalen Bourgeoisie, deren Bestreben es war, sich sowohl gegen den US-Imperialismus als auch gegen die kommunistische „Gefahr" im eigenen Lande abzusichern. Diese Neutralitätspolitik stützte sich sowohl auf „Antiamerikanismus" als auch auf „Antikommunismus". Seine Gegnerschaft zum US-Imperialismus war dabei zwiespältiger Natur; einerseits drückte sie das Klasseninteresse der nationalen Bourgeoisie aus, den inneren Markt selbst zu beherrschen, die Produktionsmittel in der eigenen Hand zu behalten, usw. Andererseits ist sie die Widerspiegelung des Nebenwiderspruchs zwischen dem Hauptlager des Imperialismus (USA) und dem französischen Imperialismus.

Kambodscha ist nämlich das einzige Land Indochinas, in dem Frankreich, seitdem es dort seine politische Macht verloren hat, seine ökonomische Macht weitgehend verbesserte, dank seiner vorrangigen Stellung als Kapitallieferant und Handelspartner. Dadurch konnte die völlige Übernahme der kambodschanischen Wirtschaft durch die USA verhindert werden. Dagegen unterstützte die VR China Kambodscha im Rahmen internationaler Solidarität und der Bekämpfung des US-Imperialismus, indem sie sechs der zwölf größten Industrien aufbaute und bis 1969 Kredite im Werte von 70 Millionen Dollar gewährte.

Die Neutralitätspolitik zog den ungeteilten Haß de US-Imperialisten auf sich. So bildeten die USA in Theiland reaktionäre Anti-Guerilleros aus, die sog. „Freien Khmers", die in den Westprovinzen Kambodschas Terroreinsätze durchführen. Von Südvietnam aus flogen und fliegen US-Piloten ständig Bombenangriffe in angeblich von Nordvietnam und von Südvietnamesischen Patrioten kontrollierte kambodschanische Gebiete.

Durch diese Bombardements mit hauptsächlich chemischen Vernichtungsmitteln ging von 1967 bis 1968 die Produktion von Reis und Kautschuk, den beiden wichtigsten Exportartikeln Kambodschas, um 7 Prozent zurück, nachdem sie in den Jahren vorher ständig angestiegen war.

Wie aber die Verschärfung der Agression des US-Imperialismus in Vietnam eine Verschärfung ihrer Unterwanderungs- und Provokationstätigkeit in Kambodscha nach sich zog, so hat zugleich der heroische Kampf des vietnamesischen Volkes, die anderen Völker Indochinas, u. a. das kambodschanische Volk, ermutigt, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. So entstand auch in Kambodscha eine sozialistische Volksbewegung, die „Roten Khmers".

Damit wurde die herrschende Klasse, die nationale Bourgeoisie in eine schwierige Lage gedrängt: Hier der Druck des Imperialismus, dort der des Volkes, das zum Befreiungskampf aufsteht.

Für die größten Teile der nationalen Bourgeoisie war die Entscheidung leicht: Verdingung an die Imperialisten, in der Hoffnung, wenigstens als Lakaien ihre privilegierten Stellungen zu halten, und um das größere „Übel", die vollständige Befreiung des Landes, die Entmachtung der parasitären Klassen, hinauszuzögern. Es wurde also immer größeren Teilen des Bürgertums klar, daß eine Neutralitätspolitik langfristig aussichtslos ist, **daß es zwischen Abhängigkeit vom Imperialismus einerseits und Volksmacht andererseits kein Zwischending gibt, daß das Land sich entweder dem US-Imperialismus unterwerfen oder gemeinsam mit allen indochinesischen Patrioten den Imperialismus bekämpfen muß.**

Sihanouks Ideal von „Neutralität" und „Khmer-Sozialismus" war eine Illusion, genauso wie die neutralistische und reformistische Politik von Nehru, Sukarno und Nkrumah vor ihm.

Fortsetzung Seite 3

Wir stehen von 8 bis 18 Uhr zu Ihren Diensten
Konditorei Löscher
Café an der Uni
Empfehle meine Eisspezialitäten

TOBACCO SHOP
Pfeifen – Tabak – Zeitschriften – Lotto
Ladenstraße an der Uni

Studentenschaft – international

USA

Vierfacher Mord!

Der antiimperialistische Kampf der amerikanischen Studenten hat endgültig das Stadium eines Kampfes auf nationaler Ebene erreicht.

Bei einer Demonstration von 3000 Studenten der Kent State University (Ohio) sind zwei Studenten und zwei Studentinnen von der Nationalgarde erschossen worden. Es handelte sich um die bisher größte Demonstration gegen die Ausweitung des Indochinakrieges durch die US-Imperialisten auf Kambodscha. Gegen die zum Angriff übergehenden Polizei- und Nationalgardetruppen wehrten sich die Demonstranten mit Steinen. Daraufhin schoß die Nationalgarde ohne Vorwarnung in die Menschenmenge. Opfer waren 4 Tote und 7 Schwerverletzte. Die Nationalgardisten wollen von „Heckenschützen" beschossen worden sein und selbst nur in die Luft geschossen haben. Wir kennen die Beispiele Oradour oder My Lai, wo behauptet wurde, man sei angegriffen worden, um damit die verübten Massaker zu beschönigen.

Über den Nordosten des Bundesstaates Ohio ist der Ausnahmezustand verhängt worden, alle Telefonverbindungen wurden unterbrochen. In der Bevölkerung brach eine Panik aus, weil tausende von Eltern keinen Kontakt mit ihren studierenden Kindern aufnehmen konnten.

Zu spontanen Demonstrationen ist es daraufhin inzwischen an der Stanford-Universität und an der University of Maryland gekommen. Die größte amerikanische Studentenorganisation will einen nationalen Studenten-Streik-Beschluß erlassen, an dem sich nach letzten Informationen über 60 Studentenschaften beteiligen wollen.

US-Präsident Nixon hat angekündigt, er werde die „Vorfälle untersuchen lassen." (Nixon erklärte, die Politik der USA werde fest bleiben. Man müsse die Ereignisse zutiefst bedauern, doch zeige sich hier wieder einmal, wohin die Gewalt von Minderheiten auf der Straße führe.)

In der Tat: Vor kurzem hatte die FR berichtet, der Gouverneur von Kalifornien, Ronald Reagan, habe erklärt, man müsse endlich mit dem anarchistischen und kommunistischen Treiben auf der Straße ein Ende machen, „auch wenn wir dabei ein Blutbad anrichten". Um Präzisierung gebeten, hatte Reagon dann erläutert, er habe dies natürlich nur bildlich gemeint.

Eins ist offensichtlich:

Die Widersprüche innerhalb des imperialistischen Systems haben für das Volk der USA faschistischen Terror zur Folge, wenn es gegen den Imperialismus kämpft. Je deutlicher diese Widersprüche zu Tage treten, je deutlicher den Massen klar wird, daß die Imperialisten deshalb an der Macht sind, weil es ihnen immer noch gelingt das Volk zu spalten, desto deutlicher wird dieses Volk, das amerikanische Proletariat, zwischen sich und seinen Feinden trennen. Es wird die Einheit in den eigenen Reihen herstellen, und sich mit seinen Freunden verbünden. Obwohl die Imperialisten auch die allerletzten Mittel der Unterdrückung nicht verschmähen, sind ihre Tage gezählt.

Vietnam

Die imperialistische Invasion der USA und des Saigoner Marionettenregimes und die faschistische Ausrottungspolitik der kambodschanischen Lon-Nol-Clique gegenüber Hunderten von Vietnamesen, waren die Ursachen schwerer Straßenkämpfe zwischen Polizei, Militär und Tausenden von Studenten und Schülern. Die Demonstranten stürmten die kambodschanische Botschaft, eine Gruppe verschanzte sich tagelang in den Botschaftsgebäuden. Die Polizei hatte unter anderem Granatwerfer einsatzbereit.

Erst vor zwei Wochen hatten die Studenten der Saigoner Universität beide Parlamentskammern besetzt (vgl. BSZ Nr. 59), um gegen schwere Folterungen der bei früheren Demonstrationen verhafteten Kommilitonen und Genossen zu protestieren. Selbst in den letzten, scheinbar noch relativ „sicheren" Gebieten verlieren die Imperialisten und ihre Marionetten einen Stützpunkt nach dem anderen.

Auch Stockholm und London waren am Wochenende Schauplatz heftiger Demonstrationen gegen die imperialistische US-Invasion in Kambodscha. In beiden Städten wurden zahlreiche Demonstranten bei den Auseinandersetzungen mit der Polizei verletzt.

Südkorea

Erneut streckt das südkoreanische Marionettenregime des US-Imperialismus nach den in der BRD und anderen europäischen Ländern lebenden südkoreanischen Studenten seine schmutzigen Krallen aus; jetzt haben etwa 100 von ihnen den Befehl erhalten, in Korea ihren Wehrdienst abzuleisten. Das Regime hat für den Fall der Befehlsverweigerung Repressalien gegen die in Korea lebenden Eltern angekündigt. Selbst der auf die öffentliche Meinung angewiesene SPD-MdB Georg Schlaga (man erinnert sich an die peinliche Betretenheit der AA-Bürokratie unter ihrem damaligen Chef Brandt, als es um die Aufklärung der ersten Entführung durch den südkoreanischen CIA ging) drückte dem Botschafter des Seouler Regimes sein Befremden aus und sprach von „neuer Form der Entführung und Erpressung" (FR 2. 5.).

Der Generalkonsul der südkoreanischen Botschaft behauptete, seine Regierung sei zur Stärkung der Wehrkraft seines Staates gezwungen, weil die „zunehmende Agressivität Nordkoreas" dies erfordere. In Westeuropa und USA studieren aber lediglich knapp 3000 Studenten, während der südkoreanische Staat über 600 000 Soldaten und 2,5 Millionen Reservisten verfügt. Die Behauptung von den schwerwiegenden Folgen für das Regime ist eine Groteske angesichts dieser Zahlenverhältnisse.

Die wahren Motive liegen nahe: Der antiimperialistische Kampf der internationalen Studentenschaft könnte das „Intelligenzreservoir" der US-Marionetten von Seoul empfindlich beeinflussen.

Durch systematische und terroristische Einschüchterung der Südkoreaner im In- und Ausland sollen diese vor kommunistischer „Ansteckung bewahrt" werden, um treue Agenten der Imperialisten zu werden.

Costa Rica

Heftige antiimperialistische Demonstrationen in San José, löste Ende April die Unterzeichnung eines Vertrages der US-Minengesellschaft The Aluminium Company of America und dem Staat Costa Rica aus. Dieser Vertrag gibt der US-Gesellschaft das Monopol, die größten Bauxitvorkommen des Landes auszubeuten. 3000 Studenten, die in diesem Vertrag ein Werkzeug der Imperialisten sahen und ihn als den „nationalen Interessen zuwiderlaufend" sahen (Le Monde, 25./27. 4. 70), versammelten sich vor dem Parlament und nahmen es im Sturm. Starke Polizeieinheiten vertrieben die Studenten, deren Widerstand erst nach massivem Einsatz von Tränengasgranaten zusammenbrach. Trotzdem versammelten sie sich erneut in der Innenstadt, wo es zu schweren Straßenkämpfen mit der Polizei kam und Hunderte von Menschen verletzt wurden (Le Monde).

Der Präsident des Landes, Trejos Fernandez, der am 8. Mai von Figueres Ferrer abgelöst wird, schmähte und verurteilte die antiimperialistischen Demonstrationen, „obwohl er die Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit der Motive der Studenten kannte" (Le Monde).

Iran

Terror des persischen Geheimdienstes (SAVAK)

Wie die Konförderation der Iranischen Studenten in der Bundesrepublik bekanntgibt, wird der iranische Kommilitone Siawash Parssanegad immer noch vom persischen Geheimdienst festgehalten. Der Kommilitone war nach Beendigung seines Studiums in den Iran zurückgekehrt. Am 19. März 1970 wurde er in Teheran von den Geheimdienstschergen der US-Marionette Pahlevi gefangengenommen und in die Folterkammern des SAVAK gesteckt Bis heute hat der Geheimdienst sich geweigert (wie sollte es anders sein?), Informationen über das Befinden des Verhafteten bekanntzugeben!

BSZ-Gespräch mit Assistentensprecher Kamphausen

„Ich rede nicht von ‚kapitalistischem System'!"

BSZ Welche Entwicklung hat Ihrer Meinung nach zu dem Assistentenstreik, der in dieser Woche beginnt, geführt?

K.: Es hat schon zu Beginn des Wintersemesters eine Streikandrohung gegeben, diese wurde aber ausgesetzt. Dabei ging es um die Diskriminierung der wissenschaftlichen Assistenten hinsichtlich der Hörgeldfrage. Es ging damals um die Assistentenpauschale von 1200 Mark, die dann vom Kultusministerium zugesagt wurde.

BSZ: Wie kam es also zum jetzigen Streik?

K.: Bei diesem Streik geht es um die damals nicht verwirklichte zweite Forderung der Assistentenschaft; die Personalstrukturreform! Die Kultusministerkonferenz (KM) hat die Zielvorstellung erarbeitet (s. Assistenten-Infos), ein Heer von wissenschaftlichen Angestellten zu schaffen, die in administrativer Tätigkeit und in der Lehre, aber nicht mehr in der Forschung tätig sein sollten.

BSZ: Was heißt das konkret?

K.: An der Rub — so ist diesem Modell nach zu vermuten — sollten beispielsweise nur 60 Assistenzprofessuren eingerichtet werden, aber 800 lehrbeauftragte wissenschaftliche Assistentenstellen. Das bedeutet eine klare Benachteiligung der Forschung. Diese Empfehlungen der KMK wurden vom KuMi als Erlaß herausgegeben. Das war ein Vorgriff auf eine legislative Verabschiedung der Personalstrukturreform.

BSZ: Wurde dieser Erlaß nicht zurückgezogen?

K.: Die LAK hatte Widerstandsmaßnahmen beschlossen, u. a. Sternfahrt nach Düsseldorf, Resolution beim Minister- und Landtagspräsidenten von NRW ...

BSZ: Was erhofften Sie von der Resolution?

.K: Aufgrund von Pressemitteilungen und der ersten VV der Bochumer Assistentenschaft ist der Erlaß zurückgestellt worden. Er kann aber in der nächsten Legislaturperiode wieder nachgeschoben werden.

BSZ: Inwieweit beinhalten die grundsätzlichen Forderungen der Assistenten ständische Interessen? Wenn man Ihren Forderungskatalog nämlich genauer untersucht, stellt man fest, daß ein Großteil ihrer Forderungen eine, unserer Meinung nach, zwangsläufige Tendenz des Kapitalismus zur Nivellierung des gesamten Ausbildungssektors indealistisch außer acht läßt.

K.: Unsere drei Forderungen bestehen in folgendem: Wir sind der Meinung: Wer lehrt, der ist auch Hochschullehrer. Dazu ist völlige Koordination des Lehrangebots mit dem der Ordinarien notwendig. Die Studenten sollten dabei drittelparitätisch beteiligt sein. Dabei ist es vollkommen sinnlos, bei der **Reform der Hochschule davon auszugehen, daß das Effizienz- und Effektivierungsproblem bei Ausbildung und Lehre den Vorrang habe.**

BSZ: Können Sie das erläutern?

K.: Ja! Das Prinzip der Effektivierung muß gebrochen werden — durch das Prinzip der Selbstverantwortung. Darum kämpfen wir gegen die Leussink-Thesen, die vom Input-output-Denken geprägt sind.

BSZ: Sind Sie nicht der Ansicht, daß im monopolkapitalistischen Kapitalismus der gesamte Ausbildungssektor vom Profitinteresse des Kapitals diktiert wird?

K.: Es ist die Frage, ob die Industrie für die Ausbildungserfordernisse Vorrang haben soll, oder ob nicht umgekehrt die Bedürfnisse nach qualifizierter Ausbildung die Industrie beschränken sollen. Es gilt die Möglichkeit des Einzelnen zu beachten, an sämtlichen Funktionen in der Gesellschaft teilzuhaben.

BSZ: Was heißt das in bezug auf die schon oben erwähnten Nivellierungstendenzen in der gegenwärtigen Phase des Kapitalismus?

K.: Ein Beispiel: die Lehrlingsausbildung. Die Lehrlinge werden nur im Sinne der Verwendbarkeit ausgebildet.

BSZ: Das hatten wir doch als ein Merkmal der Herrschaft des Kapitals im Ausbildungssektor bezeichnet!

K.: Das existierende System befinder sich in der Transformation. Die Frage, ob diese Transformation nur durch Revolution geschehen kann, ist für mich nicht zu beantworten, jedenfalls nicht als Vertreter der Assistentenschaft, weil dort verschiedene Meinungen herrschen. Ich meine, man kann denjenigen wohl besser „ausbeuten", der mehr kann, und zwar im instrumentalen Sinne.

BSZ: Sehen Sie denn nicht, daß im Zuge der Rationalisierung immer weniger Spezialisten, aber immer mehr gleichmäßig niedrig Ausgebildete gebraucht werden? Dieser Prozeß ist von einer zunehmenden Monopolisierung des Kapitals und einer verschärften Ausbeutung der Ware Arbeitskraft begleitet.

K.: Das ist für den Arbeitsbereich richtig, aber nur zum Teil für die Universität. Das kapitalistische System — ein recht vager Terminus, nicht wahr, — ist nur durch das Prinzip der Selbstbestimmung zu beseitigen. Ich würde den Begriff „kapitalistisches System" gar nicht gebrauchen, ich würde reden vom „existierenden System". Im übrigen wende ich mich gegen die Herausnahme der Industrieforschung aus der Universität, gegen elitäre Abstufung der verschiedenen Fachhochschulen. Wir vertreten das Konzept der Gesamthochschule, wie sie von der SPD vorgeschlagen wird. Hierfür sieht das Papier der BAK das Prinzip der Mobilität für Lehrende und Lernende vor.

BZS: Ist dies nicht ein Widerspruch? Gerade durch die Nivellierung entsteht doch eine gewisse Mobilität!

K.: Mobilität kann leicht verwechselt werden mit Austauschbarkeit, aber hier sind die Vorstellungen im BAK-Papier noch nicht ausdiskutiert. Im übrigen sehen Sie, warum hier nur ausweichend geantwortet werden kann. Das beruht auf der Verschwommenheit der Situation im Augenblick. Auch sind meine Einsichten in die Zusammenhänge noch zu nebelhaft. Ich muß mich hier auf das Blochsche „Prinzip Hoffnung" stützen.

BSZ: Herr Kamphausen, wie soll der Streik jetzt weitergehen?

K.: Der Vorstand der Assistentenschaft wird zu seiner nächsten Vollversammlung u. a. Kultusminister Vogel (Rheinland-Pfalz), den Leiter der Hochschulabteilung im Klutusministerium NRW, Herrn Vogtmann, Herrn Bargmann (SPD) und Professor Brüggemann (CDU). Wir werden mit diesem Kreis diskutieren und für den Fall der verläßlichen Zusage der Akzeptierung unserer Forderungen, nämlich 1. völlige Ablehnung des KMK-Papiers, 2. entscheidende Verbesserungen im Personalkegel, den Streik aussetzen können. Damit wäre das Papier für dieses Land vom Tisch; gegen eine Realisierung der KM auf Bundesebene wird sich die Assistentenschaft dieser Universität allerdings unbeschadet wehren müssen.

Assistenten-Streik

Fortsetzung von Seite 1

Nähe zu den Agenten der kapitalistischen Interessen an der Universität, den reaktionären Ordinarien, läßt sie mit diesen voll verschmelzen und ebenfalls deren bourgeoise Interessen vertreten. Das läßt sich leicht zeigen, wenn man die Abteilung VIII betrachtet. Haben dort etwa die Werner und andere jemals ein empörtes Wort über den Faschisten Papalekas verloren? Nein, im Gegenteil, sie stützten ihn, wo sie nur konnten. **Dieser Gruppe gilt gewiß nicht die Solidarität der Studenten in diesem Streik!**

2. Die Gruppe der akademischen Karrieristen:

Diese Gruppe bekennt sich zwar formell zu den Forderungen des Streiks, tut das aber nur aus karrieristischen Motiven. Es handelt sich hierbei um eine prestigehaschende Clique bürgerlicher Parteipolitiker, die sich von „Links" hochschaukeln lassen wollen. Obwohl sie die nach eigener Aussage „verschwommenen", propagandistischen Hauptakzente dieses Streiks prägt, ist sie längst nicht die ausschlaggebende. Diese Gruppe der sozialdemokratischen Opportunisten, die mit dem Vorstand der Assistentenschaft identisch ist (siehe BSZ-Gespräch) bzw. mit seinem Anhang, hat sich bereits vor der Urabstimmung über den Streik an die Ministerialbürokratieanbiedern wollen. Bis in den Streik hinein tun die SPDisten Renesse, Kamphausen und der durch sein unrühmliches Spiegel-Interview über Bochum hinaus bekannte Westphalen alles, um dem Streik seine **politische** Kampfkraft zu nehmen!

Man betrachte nur die labrigen bewußt „unpolitischen" Streikinfos, man denke nur daran, daß erst auf Drängen der Progressiven ein Streikkomitee gewährt wurde (Mir). Wo blieb zu Beginn des Streiks die Vollversammlung der Assistentenschaft, die die **politische** Perspektive des Streiks hätte bestimmen müssen? Die Vollversammlung fand nicht zu Beginn dieses Streiks statt, weil diese sozialdemokratische Clique dem Streik seine politische Spitze nehmen will! Die ständige Kompromißbereitschaft gegenüber der kapitalistischen Kultusbürokratie drückt sich nun bereits in der Bereitschaft dieser Clique von bürgerlichen Parteipolitikern aus, daß sie sich überlegt, ob bei entsprechender Verhandlungsbereitschaft der Staatsbürokratie der Streik ausgesetzt werden soll. Zwar ist es den Kamphausen, Renesse, und Westphalen trickreich gelungen, die „Führung" des Streiks zu übernehmen und seinen eigentlichen Angriff, den auf das reaktionäre deutsche Beamtenrecht, in Watte zu verpacken — Hauptkraft und Motor des Streiks ist jedoch die Masse der

3. Gruppe der überlasteten billigen Arbeitskräfte:

Dieser Gruppe liegt es fern, die Lehre nur als lästige Begleiterscheinung anzusehen. Sie ist andererseits allerdings die Gruppe, der von fetten Industrieaufträgen zehrende Ordinarien sämtliche Lehraufgaben aufhalsen. **Dieser Gruppe, die im übrigen bereits gezeigt hat, daß sie kompromißlos gegen die kapitalistische Klassenuniversität kämpfen will, gilt unsere volle Solidarität!**

Uns liegt es deshalb fern, den Karrierismus der Kamphausen-Renesse - Westphalen - Gruppe zu unterstützen, wohl aber die berechtigten Forderungen der Masse der Assistentenschaft. Dieser Gruppe schreibt der unverschämte Erlaß der Düsseldorfer Staatsbürokraten beispielsweise vor: „Die (dazu) notwendige Fluktuation von Mitarbeitern darf nicht durch eine zu weitgehende Besetzung der Stellen mit Dauerangestellten behindert werden. **Im Tarifrecht sollte dies als sachlicher Grund für Zeitverträge bis zu fünf Jahren Dauer ausdrücklich anerkannt werden. Außerdem sollten im Hochschulbereich Anstellungsverträge zunächst auf zwei Jahre befristet werden."** Das ist eine grobe Freichheit, die die gesamte Tendenz dieses Erlasses voll zum Ausdruck bringt: der Versuch, den gesamten Mittelbau, bis auf die schon erwähnte privilegierte Gruppe, nach unten zu nivellieren! Dementsprechend kann die adäquate soziale Gegenforderung der Assistenten nur davon bestimmt sein, eine Nivellierung nach oben zu erreichen. Deshalb verdient die Forderung nach 500 (!) Assitenzprofessorenstellen und 600 (!) Graduiertenstellen, statt 50 bzw. 60, unsere entschlossene Unterstützung!

Auf der anderen Seite müssen wir der opportunistischen Kamphausen-Renesse-Westphalen-Clique zeigen, daß die sozialistischen Studenten, die den Streik unterstützen, nicht die nützlichen Idioten ihres Karrierismus sind. Unsere Aufgabe ist es vielmehr zu zeigen, daß diese Gruppe nur einer Interessengruppe der Bourgeoisie angehört. Sie stützt sich auf die reformerischen Teile der Bourgeoisie, die nicht so sehr auf den Nutzen der unmittelbaren Unterdrückung im Hochschulbereich vertrauen, (dazu gehört auch das **Streikverbot für Beamte!)** sondern bestrebt sind, Teile des intellektuellen Kleinbürgertums im Ausbildungssektor Zugeständnisse zu machen: Sie fordern den zügigen Ausbau der Hochschulen, um wenigstens die gröbsten Engpässe zu beseitigen.

Diese Fraktion ist aber gar nicht in der Lage, ihr Programm durchzusetzen. Ihr Lamento ist bloße Demagogie! Das läßt sich an einem Beispiel zeigen: Der Bildungsrat, Sprachrohr dieser Fraktion der Bourgeoisie empfahl eine Steigerung der Bildungsinvestitionen um 40 Prozent. Tatsächlich konnte aufgrund de Finanzknappheit der Bildungsetat aber nur um 22 Prozent erhöht werden — und davon wurden noch einmal 305 Millionen gesperrt, weil die nächste Wirtschaftskrisen bevorsteht. — **Wie sollte auch für gesellschaftliche Bedürfnisse genügend Geld da sein in einer Gesellschaft, deren Reichtum zwar gesellschaftlich produziert, aber privat angeeignet wird, wo es bei Investitionen nicht darauf ankommt, ob sie gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechen, sondern ob Profit aus ihnen zu schlagen ist!**

Kommilitonen, Genossen! Ein Streik und das Streikrecht der Beamten bedeutet die Aufhebung eines Teil der feudalen Ausbeutungsstrukturen für alle Beamtenberufe! Nicht umsonst hat deshalb die Faillard-Clique in übler und erpresserischer Weise reagiert (s. das ebenfalls in der BSZ veröffentlichte Faillard - Schreibsel!). Daß es jetzt „zurückgezogen" wurde ist nichts als ein weiterer fauler Trick!

Übt deshalb praktische Solidarität! Boykottiert alle Streikbrecher!

Contacta Institut
Bochum Kortumstr. 45 I. Etage
Anpassung unsichtbarer Augengläser
bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen
des bewährten Systems Müller-Welt

Uni Grill
Inh.: Bodo Vigano
Hustadt, Auf d. Backenberg 19
bietet:
Hähnchen . . . . 2,50 DM
Curry-Wurst . . . 1,30 DM
Schaschlik . . . . 1,40 DM
und andere Spezialitäten
Geöffnet täglich
von 17.00 bis 22.30 Uhr

Schuhe
von
H. G. Ries
Ladenstraße Uni
Schnelle, preisgünstige
Schuhreparaturen

Maidemonstrationen

Die Gewerkschaften haben sich längst von der westdeutschen Arbeiterklasse entfernt und werden von ihr, vor allem nach den Septemberstreiks, nicht mehr als „Arbeiter"-Organisationen angesehen. Das zeigte sich am 1. Mai, wo dem Aufruf des reformistischen DGB noch weniger Arbeiter folgten als gewöhnlich.

Um dem Proletariat weiter Sand in die Augen zu streuen, sahen sich die Gewerkschaftsbonzen genötigt, groß ins reformistische Horn zu stoßen. So tönte es von Hamburg bis München in den offiziellen DGB-Reden von „qualifizierter Mitbestimmung, wirksamer Vermögensbildung, Reform des Besteuerungssystems, Voraussetzungen für eine überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer usw.".

Für das Ruhrgebiet wurde eigens Willy Brandt mobilisiert, der sich aus rein demagogischen Gründen in Dortmund „unters Volk" mischte und dort laut verkündete: „Unsere Politik ist ein umfassender Versuch, den Frieden in der Mitte Europas sicherer zu machen. Ost- und Westpolitik sind dabei aus einem Guß." Man siehts, Brandt hat mit Billigung der USA seinen Frieden mit der Renegatenclique in der Sowjetunion und den übrigen revisionistischen Staaten geschlossen. Dem westdeutschen Arbeiter dagegen hatte Brandt wenig zu sagen. In philosophische Höhen sich flüchtend, sprach er „von der Demokratie als einem Prinzip, das alles gesellschaftliche Sein der Menschen beeinflußt und durchdringt."

Andere, wie der DGB-Landesvorsitzende Philipp Pleß aus Hessen, wurden konkreter und propagierten unzählige Reförmchen wie „Altersgrenze nach Wunsch", „Fort mit dem Rentennachteil für Frauen", „Großzügiger Ausbau der Gesundheitsvorsorge", „Sozialer Schutz für ältere Arbeitnehmer" usw., die — wie die Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung lehrt — nichts am Kapitalismus, d. h. an der Ausbeutung ändern.

Die reformistischen Parolen wurden bekämpft von den marxistisch-leninistischen Gruppen unter der Führung der KPD/ML. Gemäß der Kampfparole der Marxisten-Leninisten: „Zeigen wir unsere Kampfentschlossenheit durch eine eigene Demonstration", organisierte die KPD/ML und die Rote Garde im Bündnis mit anderen antirevisionistischen, sozialistischen Gruppen in Berlin eine eigeneKundgebung. In den Bezirken Neukölln und Kreuzberg nahmen an der Maidemonstration mehr als 6000 Demonstranten, Arbeiter und studentische Gruppen, unter der Führung der KPD/ML teil. Die Marxisten-Leninisten forderten: „Nieder mit Ulbricht und Brandt, alle Macht in Arbeiterhand! Bauen wir eine starke Kommunistische Partei Deutschlands/ML auf! Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse! Kampf der Kapitalistenklasse!"

Die „S"EW „demonstrierte derweil mit dem DGB und anderen Reformisten vor dem Schöneberger Rathaus.

In München kam es während der 1.-Mai-Kundgebung zu einem Bündnis der Roten Garde mit ausländischen Kollegen. Ein gemeinsames Vorgehen wurde beschlossen, als Griechen und Rote Garden eine Kundgebung des faschistischen „Verbandes der Griechen in Bayern" im Bürgerbräukeller verhinderten. Der Verband hatte mittels einer einstweiligen Verfügung die Direktion des Lokals gezwungen, einen zurückgezogenen Mietvertrag zu erfüllen.

Ein feines Kerlchen!

Einer der Herren, die sich an der Abteilung Mathematik besonders hervortun, ist Prof. Zieschang. Zu seiner Charakterisierung genügt es zu erwähnen, daß er auf der AV den Antrag stellte, die zukünftige FAK ausschließlich mit Profs zu besetzen. Begründung: Studenten (und doch wohl auch Assitenten) hätten nicht die fachliche Qualifikation, über Profs zu urteilen.

Wie sieht es nun mit der fachlichen Qualifikation des Herrn Zieschang aus? Versteht er — wenn ihm politisches Verständnis schon abgeht — wenigstens sein Fach; kann er Studenten in die Mathematik einführen?

Um es kurz zu machen: er kann es nicht. Obwohl anerkanntermaßen eine Erstsemestervorlesung der Mathematik ohne Skripten für Studenten so gut wie unverständlich ist, die Herausgabe eines Skripts also integrierender Bestandteil der Lehrverpflichtung ist, weigert sich Z., ein solches herauszugeben. Auch auf Herausgabe der Definitionen und Sätze, des Grundgerüstes der Vorlesung, verzichtet er (bzw. fordert die FS auf, ihm diese Arbeit abzunehmen). Um ausführliche Erläuterungen gebeten, erklärte er in der (Erstsemester!)-Vorlesung: „Meine Vorlesung hat keine Schwierigkeiten." Der gleiche völlige Mangel an Einschätzungsfähigkeiten des Stoffs zeigt sich dann auch bei seinen Klausuren, die weit über dem üblichen Schwierigkeitsgrad liegen.

Der Erfolg: Z's Gedanke von einer „Mathematikerelite" wird langsam Wirklichkeit. Durch harte Erschwerung des Stoffes wird der durchschnittlich Begabte — negativ — ausgesiebt. Besonders ausgesuchten (von ihm persönlich) Studenten jedoch läßt er einen Sonderkurs zukommen, der für die Allgemeinheit gesperrt ist.

Ergebnis: Z. zeigt völlige Ignoranz den Bedürfnissen und Wünschen der Studierenden gegenüber; nur eine kleine, von ihm geschaffene Kaste erfreut sich seiner Aufmerksamkeit. Z. kommt also seinen Lehrverpflichtungen nicht nach.

So steht es also mit der fachlichen Qualifikation dieses Mannes, der eben darauf doch so großen Wert legt. Wäre er konsequent, so stellte er seinen Posten noch heute zur Verfügung, und die Verbesserung der Studienbedingungen hätte bei uns einen „großen Sprung nach vorn" getan.

Er ist immer noch da: Papalekas & seine Periöken

Während Hunderte griechischer Studenten im Zuchthaus sitzen und gefoltert werden, während Tausende Demokraten und Sozialisten in Griechenland und im Ausland den Widerstand gegen das faschistische Terrorregime organisieren, wollen in Bochum Studenten die Vorlesungen eines Professors hören, der durch seine Haltung im letzten Semester deutliche Sympathie mit den Obristen zeigte. Außerdem zeigen sein „wissenschaftliches" Werk und seine Bekanntschaften mit den gesamten rechtsradikalen Elementen der BRD, daß er tief im faschistischen Denken verwurzelt ist. Heute stellt sich dieser Professor hin und erklärt, seiner Entscheidung, die Berufung nach Athen abzulehnen, habe er nichts hinzuzufügen!

Und die meisten Studenten seiner Vorlesung? Sie nehmen hin, daß dieser Professor weder eine Begründung für seine Ablehnung gibt, noch viel weniger die Fragen beantwortet, die vor einem Jahr an ihn gerichtet wurden.

● **Bis heute hat Papalekas mit keinem** Wort Stellung zum herrschenden Regime in seinem Heimatland bezogen, obwohl weit über 100 seiner griechischen Kollegen verhaftet wurden, gefoltert wurden oder in KZ's sitzen („Die Zeit" vom 21. 2. 69).

● Er hat nie erklärt, wie er die Freiheit von Forschung und Lehre gewährleistet sieht. Aus dem Protokoll des „Schlichtungs"-Ausschusses vom 29. 4. 69 (dieser Ausschuß sollte damals zwischen Papalekas und den Studenten vermitteln) geht nur folgende Erklärung Papalekas' hervor: Der griechischen Universität sei der „Auftrag gegeben, bewußt jenseits der politischen Situation zu stehen". Dagegen ein Zitat aus der Verteidigungsrede des 25jährigen Dipl.-Physikers Nikoskionos (21 Jahre Zuchthaus) vor dem Athener Militärgericht im November 68: „Statt der Wissenschaft wird uns der ärgste Chauvinismus, der Größenwahn und die Anpassung an das herrschende System gelehrt...".

Im 5. Verfassungsakt „Über die Gesundung und Wiederherstellung der Harmonie der höheren Bildungseinrichtungen" heißt es im Art. 1 Abs. D, daß Professoren vom Dienst suspendiert werden, „wenn Handlungen und Benehmen der Betreffenden bezeugen, daß sie der bestehenden Sozialordnung und den nationalen Idealen nicht die gebührende geistige Einstellung entgegenbringen". Im Disziplinarrecht für die griechischen Hochschulen, das zur selben Zeit der Bewerbung Papalekas' herauskam, heißt es im Art. 120:

„Ein Student wird disziplinarisch bestraft, wenn seine Handlungen oder seine allgemeine Führung zeigen, daß er nicht von den passenden und mit der herrschenden politischen und sozialen Ordnung übereinstimmenden Geist und den nationalen Idealen beseelt ist."

Kann man noch verstehen, wenn einige Studenten sagen, es sei die Privatsache von Papalekas, ob er politisch Stellung nimmt oder nicht? Der Faschist Papalekas muß endlich verschwinden!

Blumen-Center
- Keramik
- Kerzen
- Balkonbepflanzung

Hustadtring 53 · Tel. 51 40 29

Kunstgewerbe
Schreibwaren
Hustadtring 53
Rosemarie Wortmann

SEUCHENGOTT NIXON

Fortsetzung von Seite 1

Mitte 1969 geriet Sihanouk unter den massiven Druck des rechten Flügels der Einheitspartei, der Sangkum. Eine neue „Regierung der nationalen Rettung" wurde gebildet; Ministerpräsident wurde General Lon Nol, ehemaliger Kollaborateur sowohl mit den Franzosen als auch mit den Japanern und Führer des Putsches vom März 1970. Stellvertreter wurde Prinz Sirik Matak, ein rechtsgerichteter Vetter Siahnouks. Sie drängten in erster Linie auf eine „Liberalisierung" der Wirtschaft, d. h. auf die Reprivatisierung bestimmter Wirtschaftszweige, auf die Aufhebung des staatlichen Außenhandelsmonopols, auf die Zulassung verstärkter ausländischer Investitionen usw. Zweck dieser „Reform" war eindeutig, den US-Imperialismus in der kambodschanischen Wirtschaft Fuß fassen zu lassen. Die Regierung versuchte, sich den USA, zu denen 1963 die Beziehungen abgebrochen worden waren, diplomatisch wieder anzunähern und plante den Beitritt zu der von den USA kontrollierten „Asiatischen Entwicklungsbank". Im Juli 1969 trat Sihanouk als Staatschef zurück, kehrte aber wenige Tage später in sein Amt zurück. Ende 1969 verließ er das Land für einen längeren „Kuraufenthalt" in Frankreich.

Die Rechte nützte Sihanouks Abwesenheit gut aus. Nachdem die Regierung Meldungen über einen angeblichen Truppenaufmarsch in Kambodscha in die Welt gesetzt hatte, veranstaltete sie am 11. März „Demonstrationen" im ganzen Land, und zwar mit gleichlautenden Flugblättern und Parolen, was die zentrale Lenkung dieser Aktionen offenbar macht.

In Pnom Penh verwüstete eine Gruppe von Studenten, Soldaten in Zivil und Mönchen die Botschaften Nordvietnams und der Revolutionsregierung Südvietnams.

Die Lon-Nol-Sirik-Matak-Clique machte in den vietnamesischen (7 Prozent der Bevölkerung) und Chinesen-Vierteln Pnom Penhs Menschenjagden.

Seit dem Putsch sind Tausende von Kambodschanern vietnamesischer Abstammung von Regierungstruppen brutal ermordet worden; Tausende verließen ihre Heimat fluchtartig. Das Märchen vom Einmarsch der Vietnamesen läßt sich also nicht mehr verkaufen.

Wer Interesse daran hat, Haß gegen die vietnamesische Revolution und rassistische Gefühle gegen das heldenhafte vietnamesische Volk zu wecken, ist offensichtlich.

In Kambodscha ist es jedem klar, **daß die USA, die zusammen mit ihren Lakaien in Südvietnam und Thailand die ersten waren, die den reaktionären Putsch enthusiastisch begrüßten, diese Aktion von Anfang bis Ende planten und inszenierten. Jetzt ist es den USA endlich gelungen, ihren Agressionskrieg auf ganz Indochina auszudehnen. Die letzte friedliche Bastion dieses Gebietes ist gefallen. Für die Völker Indochinas bleibt nur noch die Wahl zwischen bewaffnetem Widerstand gegen den Imperialismus oder Unterjochung durch diesen.** Der US-Imperialismus wird seinem Untergang nicht entgehen können. Seine eigene „Domino-Theorie" wird sich bewahrheiten, der bewaffnete Kampf ist schon von der kambodschanischen Bevölkerung aufgenommen. Sihanouk hat schon seinen größten Fehler eingesehen: Die Bourgeoisie ist nicht in der Lage, ein Volk zur vollständigen Befreiung zu führen, geschweige denn, diese zu erringen.

Eine der gewichtigsten Lehren des Marxismus-Leninismus ist, daß der Kapitalismus die Bedingungen für seinen eigenen Untergang schafft, daß er seine eigenen Totengräber produziert.

Nirgendwo tritt diese Wahrheit klarer zu Tage, als in den vom Imperialismus abhängigen Kolonien!

Preis: ab DM 4.462,20 a. W. incl. MWST
MODELL 1970
RENAULT 4
Der sicherste Wagen ist der mit der sichersten Straßenlage.
Das ist das Konstruktionsprinzip des Renault 4. Wir wissen, was ihn zum meistgekauften 850er machte: Der robuste und millionenfach bewährte Motor. Und seine Wirtschaftlichkeit. 845 ccm, 26 PS, 5 Türen, 6,4 l/100 km.
C. M. SCHÖTTELDREIER
4630 BOCHUM
Herner Straße 107 · Telefon 1 43 36
In der Bundesrepublik gibt es über 1300 Renault-Servicestationen

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN
trispher
Kleinstlinsen angenehm zu tragen unsichtbar · unzerbrechlich
BRILLEN Hagemann
SÜDRING 20

Einladung zum kostenlosen Proberauchen!
Probieren Sie den zungenmilden Pfeifentabak! 6 Pröbchen gratis. Diesen Gutschein senden an:
EXCLUSIV-TOBACCO
83 Landshut, Postfach 568 a

US VERKAUF
Führendes Haus in Western-Bekleidung
Twen Shop Bekleidung für junge Leute
Rücklaufbestände der US-Armee
H. PETERMANN
Bochum - Rathausplatz 8
Telefon 66939

Honnefer Modell 1971

1. **Weiterförderung 1971**
   Zur Weitergewährung der Studienförderung im Jahr 1971 sind vollständige Anträge bis spätestens 1. Juli 1970 einzureichen.
2. **Darlehensförderung 1971**
   Weiterförderungsanträge bis zu dem vorher genannten Termin sind auch dann einzureichen, wenn die Förderung teilweise oder vollständig in Form von Studiendarlehen gewährt wird.
3. **Berechnungsgrundlage**
   Berechnungsgrundlage für die Studienförderung 1971 sind die Einkommensverhältnisse der Unterhaltsverpflichteten aus dem Jahr 1969.
4. **Freitische für das WS 1970/71**
   Anträge auf Gewährung eines Freitisches sind ebenfalls bis zum 16. Juli 1970 einzureichen.
5. **Einreichungstermin**
   Es wird dringend empfohlen, die Weiterförderungsanträge so frühzeitig wie möglich vorzubereiten und der Förderungsabteilung einzureichen. Erfahrungsgemäß muß in den letzten Tagen vor dem Abgabetermin mit erheblichen Wartezeiten gerechnet werden, die durch frühzeitiges Einreichen weitgehend auszuschließen sind.
6. **Beratung**
   Auskünfte, Ausgabe und Einreichung der Förderungsanträge in der Förderungsabteilung, Baracke V, während der Sprechzeiten montags und donnerstags von 8.00 bis 13.00 Uhr.

E1 DISCOTHEK
BOCHUM EUROPAHAUS RUF 67206
Der moderne Dancing Club
Mittwoch Hitparade
Jeden Monat Stargastspiele
Für Studenten Eintritt frei!

SHB siebzich Gartenlaube rührt sich

ein Schwank in 4 Aufzügen, sowie einem Pro- und Epilog.

Personen:
Reinhard Zimmernann, Ex-Mannschaftskapitän des prähistorischen Eintracht SHB; Ex-AStA-Chef.
Renate, sein Weib.
Erich Eisel, Zimmermanns Schwager.
Frank Gebbers, SHB-Conferencier.
Werner Uhde, Spielführer der DJK Junge Garde, Trotzkist, und SHB-Altfunktionär.
Carla Boullboullé, Fauenwart der DJK-Turnriege, SHB-Altfunktionärin.
Studenten der RUB, ca. 10.

1. Aufzug

(Feld, Wald, Wiese). **Reinhard Z:** Ich Heimatloser, ach, ringend um mein Lebenswerk, die Bochumer Schule des ideologischen Pluralismus.
(Man nähert sich der RUB.) Und da sollt niemand sein, der meine Stimme hört? Doch da, was seh ich, Schwager, eine Lücke, dort, zwischen Spartakus und Junger Garde. Was jene können, konnte ich schon immer:
SHB. Mit diesem Namen werden wir, für uns und Spartakus und für die Junge Garde, die Wahl gewinnen.

2. Aufzug

(4. 5. 70, abends. SHB-Altfunktionäre, Vertreter der DJK Junge Garde, sowie einige Studenten der RUB, insgesamt etwa 20 Personen.)
(Anm.: Wörtlicht Zitate aus dieser Sitzung entsprechend gekennzeichnet „...").

Eisele: „Eine Hochschulgruppe ist notwendig, für die Linken, die mitarbeiten wollen."
Z.mann: „Quasi als Sammelbecken für die Studenten, die sich die Ambivalenz der verschiedenen Theorien erhalten wollen."
Uhde: Sehr richtig. **„Die idologischen Auseinandersetzungen sollten nicht das Hauptprobem des neuzugründenden SHB sein."** Aber wie siehts denn mit nem Programm aus? Initiativausschuß oder so?
Z.mann: Siehst du, da liegt die Stärke des „ideologischen Pluralismus." Da was getan werden muß, „werden die Studenten schon von selbst kommen". **Dann könnte sich ein Initiativausschuß bilden und ein Programm ausarbeiten. Dafür liegt genügend Material vor Und wenn wir das Programm haben, dann wird es sich schon erweisen, ob das Programm gut ist."**
Student: Warum ist der alte SHB eingegangen?
Z.mann: Ich würde sagen, **„die Auflösung des SHB war keine ideologische oder historische Notwendigkeit sondern Zufälligkeit."** „Kräfteverschleiß", ein „Generationsproblem".
Ein anderer Student: Warum aber Neugründung? Hier an der Uni arbeiten doch drei mehr oder weniger linke Hochschulgruppen.
Uhde: Wir, die Junge Garde.
Student: DKP-Spartakus und ...
(gespenstische Stille. Lauflos öffnet sich die Tür und herein tritt, zähnefletschend, das seit geraumer Zeit in Europa umgehende ML-Gespenst, schlitzäugig.)
ML-Gespenst (alle der Reihe nach anachauend, dann): Entschuldigt die Störung, aber wie ich sehe, sind hier keine Genossen. (ab)
(Die lähmende Stille wird durch lautes Poltern unterbrochen. Einige Studenten sind die Schuppen von den Augen gefallen. Sie gehen.)
Uhde: Tja. Wie war das mit dem Programm?
Z.mann: Also klipp und klar: **„Ich würde den SHB als 4. Gruppe ansehen, ohne die Fehler der anderen drei Gruppen. Da sehe ich die „ideologische und organisatorische Lücke in der Studentenschaft".**

3. Aufzug

Gebbers: Ich halte die Neugründung des SHB aus „wahltaktischen Gründen" für notwendig. **„Wir könnten Geld von der SPD losmachen. Auch n bißchen Geld, um die letzten Schulden des (alten) SHB auszugleichen." Ohne Geld keine polit. Arbeit.**
Eisel: Genau.
„Ich würde sogar von Mikat oder **Biedenkopf Geld nehmen."**
Gebbers: Na los, ihr, von der Jungen Garde, überlegt doch mal, ich mein „Wenn wir erst mal n Programm haben, dann werden wir ja sehen, wie weit wir mit euch übereinstimmen. **Und wenn das Programm mit dem der Jungen Garde vielleicht übereinstimmt, dann könnten wir ja n Wahlbündnis machen."** (Frage an W. Uhde) „Überleg mal, würdest du dann noch mal unter der Marke SHB kandidieren"?
Uhde: (schweigt vielversprechend).

4. Augzug

Carla: Tja. Mit der Jungen Garde, wenn wir damit in den Wahlkampf gehen, ich meine, **„es ist zweifelhaft, ob wir mehr als unsere 20 Stimmen kriegen; deshalb hielte ich die Neugründung des SHB für gut."**
Und mit dem Programm ...
Z.mann: Auf der Basis meines ideologischen Pluralismus.
Gebbers: Mit dem Geld von der SPD.
Carla: Könnte man die Wahl gewinnen.

Epilog

Zimmermann (im Abgehen): **„Einen Teil der Rechten und Mitte der Studenten zu Sozialdemokraten machen, wäre eine Aufgabe, die eine solche Hochschulgruppe leisten könnte."** (ab)
Carla: Es müßte gelingen, die FDP zur NPD hinüberzuschieben — dann hätten wir endlich für die Arbeiter eine SPD-Alleinregierung. (Carla ab)

Die Nachfolger des Pythagoras

In der Abteilung für Mathematik tut sich was. Das Bild vom fleißigen Mathematik-Studenten, der keine Zeit hat, zu revoltieren, hat sich als Märchen erwiesen. Den letzten „Knall" gab es, als die Uni-Verwaltung dem UP einen studentischen Arbeitsraum zuwies, obwohl Herr Schmitz (Verw.-Direktor) wußte, daß die Fachschaft Verfügungsrecht über den Raum hatte. Er hielt es wohl nicht für nötig, sich mit einer Fachschaft in Verbindung zu setzen.

Leistungsdruck – Mittel zur Reglementierung

Bis jetzt scheint es ja auch noch immer gelungen zu sein, die manifeste Äußerung der Unzufriedenheit der Mathematik-Studenten zu verhindern. Wenn sich diese Unzufriedenheit im Ansatz im alleinigen Streik der Mathematik-Studenten gegen den Hochschulgesetz-Entwurf im SS 69 zeigte, so erwies sich doch der hohe Grad des Leistungsdruckes immer noch als geeignetes Unterdrückungsmittel.

Vom ersten Semester an fallen für den Mathematik-Studenten zwischen 20 und 30 Wochenstunden an.

Beispiel: 2 Semester mit Nebenfach bzw. 2. Hauptfach Physik (Diplom)
LAG
4 Stunden Vorlesung
+ 2 Stunden Übungen
Analysis
4 Stunden Vorlesung
+ 3 Stunden Übungen
Programmieren
2 Stunden Vorlesung
+ 2 Stunden Übungen
Physik
4 Stunden Vorlesung
+ 2 Stunden Übungen
23 Stunden

Im Unterschied zu den meisten anderen Fächern enthalten die Vorlesungen soviel allgemeingültigen Prüfungsstoff, daß man sie besuchen muß — Mathematik ist nicht abhängig von der Lehrmeinung der Dozenten. Andererseits läßt die Qualität der Vorlesung stark zu wünschen übrig. Bei einer Fragebogenaktion zum 1. Semester Analäsis I im WS 68/69 gaben nur 7,8 Prozent der Hörer an, den Stoff schon während der Vorlesung zu verstehen, 63,2 Prozent verstanden ihn bei der Nacharbeit, 34,6 Prozent mit Hilfe von Literatur, 23,0 Prozent fast gar nicht. Zu mindestens 3 Vorlesungen müssen wöchentlich je 3 bis 5 Übungsaufgaben abgegeben werden.

Pro Veranstaltung bedeutet das für den Studenten 3 bis 6 Stunden Arbeit (Quelle oben angegeben). Ein Mathematik-Student hat also eine Wochenstundenzahl von 55 Stunden. Die Übungsaufgaben zu Analysis I wurden von 77,6 Prozent für zu schwierig befunden, nur 0,4 Prozent, d. h. ein Student hielt die Aufgaben für zu leicht. Die Folge war, daß nur 22,7 Prozent die Aufgabe selbst lösen konnten, 61,0 Prozent auf Teamarbeit zurückgriffen, 38,3 Prozent die Aufgaben oft nicht lösen konnten; konkret heißt das: Die Studenten schreiben die Aufgaben zum größten Teil ab und finden erst in den Ferien Zeit, den Stoff mühsam nachzuarbeiten, wenn sie nicht auf Werksarbeit arbeit angewiesen sind.

Was wird mit diesen Maßnahmen erreicht?

1. Die Mehrzahl der Studenten hat kaum Zeit, sich überhaupt mit Fragen der Verwertung von Wissenschaft im Produktionsprozeß und gesellschaftlichen Grundfragen überhaupt zu beschäftigen.

2. Durch die hohen Anforderungen an die Studenten beträgt der Schwund im 1. und 2. Semester 30 Prozent, bis nach dem Zwischenexamen 50 Prozent, **das bedeutet einen offenen permanenten numerus clausus.**

3. Die Folgerungen aus 1 und 2 liegen auf der Hand. Die Kritikfähigkeit wird unterdrückt, alles Angebotene wird unreflektiert geschluckt, der sich jedem System unterordnende halbfertige Mathematiker geschaffen.

4. Damit zeichnet sich deutlich das Ziel ab, das die technokratische Hochschulreform mit der Verschärfung der Studienbedingung seit Jahren verfolgt und was mit der Verabschiedung des Hochschulgesetzes seinen bisherigen Höhepunkt gefunden hat: **die Formierung des Studenten zur Anpassung an den kapitalistischen Verwertungsprozeß,** eine Entwicklung, die bei den Naturwissenschaften schon immer viel weiter fortgeschritten war.

Die „liberalen" Profs der Abteilung Mathematik

So meinten denn auch einige Professoren, die Situation ausnützen zu können, indem sie versuchten, die Abteilungspolitik durch Mauscheleien so undurchsichtig wie möglich zu machen. Den Studenten wurde zwar „Mitbestimmung" angeboten, unter der Voraussetzung, daß sie bereit wären, wirklich „mitzuarbeiten"; in der Praxis entlarvte sich dieses „großzügige" Angebot, als es dann ein paar Studenten geschafft hatten, durch Gruppenarbeit die Effektivität ihres Studiums zu steigern und Zeit gewonnen hatten, die Herrschaftsposition der selbstherrlichen Ordinarien anzugreifen. Die Professoren lehnten dann auch die studentischen Anträge in der satzungsgebundenen AV ab, die Fakultät in Zukunft halbparitätisch mit Vertretern der Studenten einerseits und Vertretern der lehrenden Assistenten und Professoren andererseits zu besetzen. Mitarbeit ja, Mitentscheidung nein, hieß die Parole.

In die gleiche Richtung ging die Politik des letzten Dekans, Ewald, der sich selbst als „linker Professor" bezeichnet. Zu Scheinverbesserungen, wie Öffentlichkeit in der Fakultät, war er schnell bereit, sein wahres Gesicht zeigte der Dekan, als die Studenten inhaltliche Verbesserungen in der Abteilung forderten.

— Beim Streik der studentischen Hilfskräfte der Abteilung weigerte sich Ewald, eine paritätisch besetzte Kommission einzusetzen, denn er als Ordinarius habe allein das Recht, studentische Hilfskräfte einzustellen.
— Als die Studentenschaft im UP den Mißtrauensantrag gegen den Rektor stellte, verkündete er, die Kommission, die die Abteilungssatzung ausarbeiten sollte, würde platzen, wenn das UP dem Rektor das Mißtrauen aussprechen würde.
— Um seinen Vorschlag zur Abteilungssatzung populär zu machen, propagierte er den Dekan als bisher unkontrollierbares „Organ", das nun mit Hilfe von Kommissionen die Abteilungspolitik „koordinieren" und bestimmen müsse, und begründete diesen Vorschlag mit der „Funktionalität". Den studentischen Vorschlag, dem Halbparität zugrundelag, lehnte er als „politisches Pamphlet" ab.
— Der vorschlag einer Drittelparitätischen Kommission, die ZP zur Auflockerung des Leistungsdrucks abzuschaffen, wurde auf seine Initiative vertagt.

Dieser letzte Vorfall zeigt deutlich die Situation unter den Ordinarien: Herr Ewald ist kein Einzelfall, er erschien durch seine Funktion als Dekan im Vordergrund, seine Politikw urde allerdings durch die reaktionäre Mehrheit der Professoren gestützt und gedeckt!

Für die Ordinarien zählt nur die Erhaltung ihrer Privilegien (z. B. „Lehrfreiheit ist die Freiheit des Ordinarius, die Studenten gut oder schlecht auszubilden"); Dozenten, Assistenten und Studenten sind ein notwendiges Übel: Dozenten dürfen in der Fakultät Protokoll führen, Assistenten dürfen Lehraufgaben wahrnehmen, Studenten dürfen studieren und sich den Entscheidungen der Ordinarien beugen.

Das zeigen auch die neuesten Bestrebungen in der Abteilung Mathematik:

Studentenkarten zur Disziplinierung der Studenten!

Die Unterdrückungsmechanismen sollen jetzt weiter verfeinert werden. Auch wenn es der Universitätsverwaltung nicht gelingen sollte; die Abteilung für Mathematik wird die erste sein, die ein perfektes Überwachungssystem für die Studenten einführt. Herrn Bandeloq, Assistent, dessen spezielles Hobby es bisher schon immer war, Daten über die Studien-Leistungen aus „wissenschaftlichem Interesse" jedes einzelnen Studenten zu sammeln, brachte die Kommission für Kapazitätsberechnung darauf, eine individuelle Lochkarte für jeden Studenten in folgendem Umfang einzurichten:

Matrikel-Nr., Geschlecht, Geburtsjahr, Abiturtyp, Ort des Abiturs, Abiturjahr, Abiturzensuren in Mathe, Physik, Deutsch und Durchschnittsnote; Immatrikulationsdatum; Semesterwohnort; angestrebter Studienabschluß; Hauptfach; Nebenfach; Prüfungsversuche; Prüfungsergebnisse; Studienende. Dieser Karten ermöglicht es, endlich die Mängel des manuellen Ausleseverfahrens zu eleminieren. **Im Sinne von Hochschulgesetz und Hochschulinformationssystem wird es möglich, unliebsame Elemente zu überwachen.**

Der Fortschritt durch die Automatisierung, den die Bandelow, Kirchgäßner und Ewald propagieren, ist kein Fortschritt; es ist ein Mechanismus zur besseren Integration des Studenten in den Verwertungsprozeß durch das Großkapital. Durch die Einführung des versteckten und offenen Numerus clausus, durch die Überwachung der nicht konformen Studenten vollzieht man den letzten Schritt der technokratischen Hochschulreform, das zeigt ihre wirkliche Aufgabe, den Interessen des Kapitals zu dienen. Die Verwertung der Wissenschaft durch das Kapital kann nur durch die revolutionäre Veränderung der Produktionsverhältnisse beendet werden.

Wie muß eine Hochschulpolitik aussehen, die emanzipatorisch ist, in dem Sinne, daß sie nicht den Interessen der kleinen besitzenden Klasse dient, sondern den wirklichen Interessen der Gesellschaft, den Interessen des Proletariats?

Eine solche Politik darf sich nicht auf handwerklerische Gremienpolitik beschränken und nicht in Geplänkel mit den Professoren um Satzungsfragen ausarten; sie muß ausgehen von der notwendigen gesellschaftlichen Veränderung, dem Sturz der Kapitalistenklasse und von daher ihre hochschulpolitische Strategie bestimmen.

B S Z
Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (C. Ebner; C. Holtgreve; G. Kasper; M. Starostik).
Redaktion: Kaspar Henrichs, Werner Lehrke, Norbert Otte, Jörg Reimann, Hamid Sadik Salman.
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität)
Auflage: 8000 Exemplare
Anzeigenleitung: BSZ-Redaktion
Druck Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans Böckler-Straße 12-16
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 66. Tel. 51 18 55 u. 399 2416.

Reifen-Dornhardt
Reifenfachhändler
Runderneuerungs- und Vulkanisierbetrieb
Deta-Batterielager
Sonderpreise f. Uni-Angehörige
463 Bochum · Wittener Str. 449
Fernruf 55 03 68
gegenüber Opel-Eingang I

Gegen den neuen KP-Revisionismus:
15 Frank u.a.: Kritik des bürgerlichen Anti-Imperialismus
DM 6.50
192 Seiten. Im Abo: 1 DM weniger
Wagenbach, Bln 31, Jenaer Str. 6
Rotbücher

Im Namen von Kapital und Demokratie:
13/14 Horowitz: Kalter Krieg. US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam. In 2 Bänden
je DM 6.50
240/208 Seiten. Abo.: je 5.50
Wagenbach, Bln 31, Jenaer Str. 6
Rotbücher

Über den Wahnsinn von Geld und Konsum:
8 Che Guevara: Ökonomie und neues Bewußtsein
DM 5.50
160 Seiten. Im Abo: 1 DM weniger
Wagenbach, Bln 31, Jenaer Str. 6
Rotbücher

Koma-Markt G. Möller
Hustadtring 55 und Westenfeld 28
– Lebensmittel und Frischfleisch –
Als Dauerpreis bieten wir
Tiroler Rot- und Weißwein
2,05 Ltr. nur 3,98 DM
Außerdem viele Sonderangebote

Der Treffpunkt für in- und ausländische Studenten im
·PUNKT·
Bochum, Hans-Böckler-Straße 26 · Telefon 1 46 32
Täglich von 12.00 Uhr mittags bis 1.00 Uhr nachts geöffnet / Normale Preise

BÄCKEREI · KONDITOREI
G. Schweinsberg
BOCHUM
Hustadtring 57 · Fernruf 3 35 17

Lassen Sie sich beneiden ...
um das besondere Schmuckstück Ihrer Wohnung, um den
echten Orientteppich von KEIL + KATH!
Weit und breit keine interessantere Auswahl aus Direktimporten.
Ein guter Rat: Teppiche von KEIL & KATH
BOCHUM Bongardstraße 28 (an der Paulus-Kirche)

ORIGINAL-AMERIKANISCHER PFEIFENTABAK WIRD IN DEUTSCHLAND HERGESTELLT DURCH ZOLLERSPARNIS NUR 2.50 DM
RUM and MAPLE
Gratisröbchen · PLANTA · Berlin 61

Der Augen Wille:
die Heinen · Brille
Bochum, Kortumstraße 45
u. Ruhrpark-Einkaufszentrum

Studentische Literatur
KUNST & BÜCHER SCHEUNE
Lennershofstraße
hinter der AStA-Baracke

Kaufen Sie
Tabak · Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot + Backwaren
Trinkhalle Kotthoff
(Mensaparkplatz)
Im Ausschank:
Coca Cola, Sprite eiskalt

Münzen- u. Briefmarkenfachhandel
RITTER
435 Recklinghausen, Martinistraße 11
gegenüber Hauptbahnhof
Telefon: 2 35 57
ANKAUF - VERKAUF - VERSAND

... auch Sie könnten mal krank werden
Da es keine Garantie für immerwährende Gesundheit gibt, hat der „Oldtimer" sogar recht. Jeden Menschen kann es erwischen. Eine Krankheit kann das ganze Geld verschlingen. Wie beruhigend, wenn die DKV die hohen Kosten übernimmt.
Und außerdem noch ein Krankenhaus-Tagegeld zahlt!
Kranksein ist teuer — wir helfen!
DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.-G.
Hauptverwaltung Köln, 5000 Köln, Hohenstaufenring 62, Telefon 2 04 01
Beratung: Deutsche Kranken-Versicherungs-A.-G. Filialdirektion Bochum, 4630 Bochum, Kortumstr. 66, Telefon 6 05 46—48